

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 21. Mai 1879.

Nr. 234.

Deutscher Reichstag.

49. Plenar-Sitzung vom 20. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichs-Lamleramts Staatsminister Hofmann, Staatsminister Maybach, Geh. Rath Liebenow, Böttcher, Burchard, kaiserlicher Ministerialrath Dr. Mayer.

Vize-Präsident Dr. Lucius eröffnet die sehr kurz besuchte Sitzung um 11 Uhr 40 Min. mit folgenden Worten:

N. H., bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause eine schmerzliche Mittheilung zu machen. Es ist mir kurz vor Beginn der Sitzung ein Brief des Herrn Präsidenten v. Gordenbed, gerichtet an den Reichstag, zu meinen Händen, zugegangen (die schon mitgetheilte Niederlegung des Präsidiums betreffend).

Präsident Dr. Lucius: Ich habe das Gefühl, und ich glaube, dasselbe wird im ganzen Hause getheilt werden, wenn ich bei der Plötzlichkeit der Nachricht es nicht für möglich erachte, alsbald über das Angelegte dieser Mittheilung zu ergreifende Verfahren im Hause in Beratung einzutreten resp. schließend zu werden. Wenn ich mich in diesem Gefühl nicht täusche, werde ich mir erlauben, am Schlusse der heutigen Tagesordnung, nachdem die Parteien sich vielleicht während der Sitzung über die Frage verständigt haben, auf den Gegenstand wieder zurückzukommen.

Das Haus, das mit der gespanntesten Aufmerksamkeit die Worte des Präsidenten mit lautloser Stille angehört hatte, löst sich nunmehr völlig in Gruppen auf und schenkt dem Beginn der Tagesordnung — Fortsetzung der zweiten Beratung des Zolltarifs, Getreidezölle — nur geringe Beachtung.

Die Diskussion wird zunächst eröffnet über Position 9a:

a) Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte, von denen besonders genannte Getreidearten, b) Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen.

Für Titel a bestimmt der Tarif 1 Mk., für Titel b 0,50 Mk. für 100 Mgr.

Die Abgg. Frhr. v. Mirbach und Günter (Sachsen) beantragen, auch für Roggen einen Zollfuß von 1 Mk. festzustellen.

Abg. Dr. Delbrück beantragte, im Falle der Annahme von Position 11. a und b denselben folgenden Anmerkung hinzuzufügen:

Für Getreide und Hülsenfrüchte werden Transittarife ohne amtlichen Mitverschlus bewilligt. Auf diese Lager finden die für Privat-Transitlager geltenden Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Lagerung, soweit es zur Erhaltung und Bearbeitung der Waaren erforderlich ist, außerhalb geschlossener Räume stattfinden kann, daß die Behandlung, Umpackung und Theilung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig und daß die Mischung der letzteren mit inländischer Waare gestattet ist.

Abg. Dr. Stephan referirt über die zum Kapitel Getreidezölle eingegangenen Petitionen, die sich theils zustimmend, theils ablehnend verhalten zu den Getreidezöllen. Der Referent beantragt, diese Petitionen für erledigt zu erklären durch die über die Getreidezölle zu fassenden Beschlüsse.

Bundes-Kommissar kaiserl. Geh. Reg.-Rath Tiedemann: N. H.! Die von der Regierung vorgeschlagenen Getreidezölle haben die verschiedensten Angriffe erfahren von rechts und von links, von schützöllerischer und freihändlerischer Seite; den Einen gehen sie nicht weit genug, den Anderen zu weit. Aber die Vertheiligung der Säge ist leichter nach der zweiten, als nach der ersten Richtung hin. Während bei jeder anderen Position deutlich die Tendenz hervorleuchtet, irgend einen Zweck der heimischen Produktion zu schützen, tritt diese Tendenz hier in den Hintergrund und spielt eine nebensächliche Rolle. Dennoch aber glaubt die Regierung mit der Einführung der Getreidezölle der Landwirtschaft einen großen Vortheil gewähren zu können. Deutschland hat sich aus einem Getreideexportierenden in ein Getreide importierendes Land verwandelt. Darüber sind alle Ansichten einig, und sie beginnen erst dann auseinander zu gehen, wenn man nach den Gründen fragt, welche zu dieser Umwandlung geführt haben. Von freihändlerischer Seite wird behauptet, daß diese Umwandlung das Resultat einer ganz normalen Entwicklung sei, die im längsten Zusammenhang mit der Vermehrung der Bevölkerung stehe. Man hat dabei Vergleiche ge-

zogen und die landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse von 1837—1877 zusammengestellt. Wäre aber diese Zusammenstellung von einer Beweisraft für die soeben bezeichnete Theorie, dann müßte doch logischer Weise in der 40jährigen Entwicklung eine Durchschnitts-Einfuhr gefunden werden. Das ist aber nicht der Fall; im Gegentheil übersteigt die Ausfuhr während der Zeit die Einfuhr um circa 21½ Millionen Centner. Man geht von freihändlerischer Seite bei solchen Beratungen überhaupt gewöhnlich von falschen Voraussetzungen aus; wo steht denn geschrieben, daß 9 Centner Getreide im Durchschnitt nöthig sind für den Kopf der Bevölkerung? Nach offiziellen Berechnungen doch nur 3½, bis höchstens 5 Centner, eine höhere Berechnung ist mit nicht vorgekommen. 1875 wurden 100 Millionen, 1876 96 Millionen, 1877 120 Millionen, 1878 110 Millionen Centner Getreide geerntet, und vergleicht man mit dieser Zahl die Bevölkerungsziffer, so ergibt sich 4 Centner pro Kopf der Bevölkerung. Das Gesetz der Mehreinfuhr läßt sich nur dadurch erklären, daß wir in den letzten Jahren der Abfuhr geworden sind für die Ueberproduktion des Auslandes auch in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte. (Cehr wahr! rechts.) Wir sind überschüttet mit einer Menge von ausländischem Getreide, das in keinem Verhältnis steht zu unserem Konsum. Die russische und die amerikanische landwirtschaftliche Industrie haben sich Deutschland zum Kampf- und Tummelplatz ausgesetzt, gerade wie vor noch nicht allzulanger Zeit fremde Mächte es liebten, sich in Deutschland auf deutschem Boden zu messen. Namentlich die russische Landwirtschaft arbeitet so still, daß ihr ganzes, der unsrer landwirtschaftliche Industrie nicht vergleichbar, konstante Exporteure bleiben kann und der Exporteure bleibt, was er exportirt, in der Regel zu sehr geringen Preisen. Es ist ein großer Theil des Getreides von den Produzenten getragen worden, dessen Sie sich eine Stadt von Rittergütern umgeben, deren neun Getreide zur Stadt bringen können, ohne einen Schlagbaum zu passieren, während das zehnte Rittergut für die Wagenladung 2—3 Groschen Chausseegeld zahlen muß. Das zehnte Rittergut wird doch dann nicht die Preise für die andern neun mit erhöhen können, sondern die neun werden das zehnte zwingen, ebenso billig zu verkaufen, wie sie selbst. Das Brod wird durch die Getreidezölle ebenso wenig vertheuert werden, wie durch das Schwanzen der Getreidepreise bisher, wofür ich mich auf dies hier beziehe. (Unter großer Heiterkeit des Hauses zeigt der Herr Regierungskommissar eine Cigarrentüte voll sogenannter „Dreierkrippen“ vor, die ein Grundbesitzer am Harz seit langen Jahren gesammelt habe und die, gleichviel, ob theure oder wohlfeile Zeit war, immer gleich groß oder gleich klein geblieben seien.) Die Regierungen bitten Sie, ihnen den Getreidezoll zu bewilligen und sind der Meinung, daß es nicht schaden kann, wenn ausländische Importeure, die unsern Markt mit Getreide aus dem Auslande überschwemmen, einen Zoll zahlen sollen zum Schutze des einheimischen Ackerbauers. (Beifall.)

Inzwischen ist noch folgender Antrag des Abgeordneten Räder (Danzig) zur Vertheilung gelangt:

hinter Nr. 9 folgende Anmerkung zu a, b und c aufzunehmen: „Für die zollamtliche Behandlung des beim Eingang in das Zollgebiet zur Durchfuhr deklarirten Getreides, insbesondere bezüglich der für dasselbe zu bewilligenden Transittarife ohne amtlichen Mitverschlus werden durch den Bundesrath diejenigen Erleichterungen gewährt, welche zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Durchfuhrhandels erforderlich sind. Für das zur Durchfuhr deklarirte Getreide wird ein Eingangszoll nur insoweit entrichtet, als dasselbe zum Verbrauch im Inlande gelangt und nicht durch eine gleiche Menge zur Ausfuhr gebrachten inländischen Getreides ersetzt wird.“

Abg. v. Sander-Larpuschen: Als ich die Motive zur Vertheidigung der proponirten Getreidezölle las, war ich wirklich begierig, den Verfasser kennen zu lernen, denn unmöglich schien es mir, daß er ein Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse oder gar ein Landwirth sei. Nun glaube ich den Verfasser zu kennen. Herr Geh. Rath Tiedemann hat uns mit vielen Zahlen zu beweisen sich bemüht, was wir Alle längst wußten, daß in

Ausland und Amerika die Produktionskosten geringer und daher auch die Getreidepreise niedriger sind als bei uns. Darauf hat er dann des Weiteren ausgeführt, daß die Landwirtschaft sich in einer großen Krise befinde, daß der Anfang vom Ende gekommen sei, und schließlich, daß dieser Prozeß des Unterganges auch durch den Getreidezoll nicht aufgehalten werde. Der Zoll bewirkt also nichts weiter, als eine Vertheuerung der Lebensmittel. Wenn man sich gegen die Vertheuerung der Lebensmittel ausspricht, dann wird gesagt, daß man nichts von Landwirtschaft verstehe, ja gestern verlangte sogar ein Redner, daß jeder, der hier über Landwirtschaft spricht, ein Zeugniß der Reise vorlegen solle. Nun, das Zeugniß des Hauses hat ja sich über diesen Redner klar genug ausgesprochen, und ich habe wohl nicht nöthig, auf ihn zurück zu kommen. Ich bin zudem Zeit meines Lebens praktischer Landwirth gewesen, und wohl in der Lage, auch die verschiedenen Standpunkte, von denen aus der Getreidezoll zu vertreten oder zu verwerfen ist, kritisch zu beurtheilen. Zudem konstatire ich, daß Ostpreußens Landwirthe mit sehr wenigen Ausnahmen gegen jeden Schutzzoll sind. Es gab früher überhaupt keinen Landwirth, der Schutzzöller war, und im Jahre 1876 schrieb mir auch Graf Udo Stolberg, daß es an der Zeit sei, Front gegen die beginnende Bewegung für den Eisenzoll zu machen. Mit Ausnahme eines Mitgliedes hat sich der ganze ostpreussische Provinziallandtag gegen den Schutzzoll ausgesprochen. Denn die Landwirtschaft selbst ist in den letzten 30 Jahren durchaus nicht zurückgegangen, nur ist die Lage mancher Besitzer eine äußerst schwere geworden. Vor 30 Jahren hatte man einen so viel Betriebsmittel, und der Landwirth hat auch nicht so viel aus, sondern ernährte und lebte sehr wohl von dem, was er selbst produzierte; aber gingen die Arbeiter mehr nach den Städten, die Arbeitelöhne stiegen, mit den Preisen der Produktionsmittel stiegen aber nicht in gleichem Maße die Preise der Produkte. Aber bald nach dem Industrieumwälzung kam auch der Weinbau in Gefahr, und diesen dürfen wir nicht unterbrechen. Schon jetzt sind die Arbeiter auf dem Lande wieder billig, und Alles geht wieder in geordnetem Gange. — Die Motive stellen den Körnerbau als Hauptaufgabe der Landwirtschaft hin, während in der That, wie jeder Landwirth weiß, das Umsetzen der Körner in edlere Stoffe viel wichtiger ist. Zum Beweise aber, daß durchaus keine Krisis der Grundbesitzer bei uns bekannt ist, führe ich an, daß die Landwirtschaft im steigenden Fortschreiten befindlich ist. Niemals vorher hatten wir in Ostpreußen besseres Vieh, niemals wurden so hohe Preise dafür bezahlt, wie jetzt. — Die von Herrn Geh. Rath Tiedemann bei früherer Gelegenheit schon angeführten Substantiationen sind keine Folge der Ueberzeugung mit billigem auswärtigen Getreide, sondern die unausbleibliche Folge unserer politischen Lage. Bevor diese sich nicht ändert, werden die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besser werden. Angesichts der fortwährenden Ungewißheit in unserer politischen Situation wagt es Niemand, sich in ein Geschäft einzulassen. Die Landwirthe hätten sich aber überhaupt gar nicht für einen Schutzzoll ausgesprochen, wenn sie nicht, da sie die Ueberzeugung gewonnen, daß die Schutzzölle für die Industrie doch vorgehen, auch schließlich etwas für sich lukulieren wollen, und bei diesem Wege der Kompensation, die sie einschlagen, ist es ganz natürlich, daß sie bemüht sind, soviel als möglich zu erhalten. Insbesondere durch den Getreidezoll die Produktion des Viehhalters, durch die Viehzölle das Produkt des Getreidebauers vertheuert und wenn der Herr Kommissar des Bundesrathes es auch bedauert, ändern wir es nicht, daß der Preis des Getreides bei den Weltmarkt bestimmt wird, wenn die Produktion auch noch so sehr erschwert und vertheuert ist. Ja, wenn der Staat eine Garantie übernehmen könnte, daß der Preis für Getreide von einer gewissen Höhe nicht fallen darf, dann wäre allerdings der Weg den betretenen Weg dem Landwirth zu helfen, er auch nur, wenn er neben der Landwirtschaft ein Gewerbe betriebe. Selbst bei der Ueberzeugung mit fremdem Getreide hat die ostpreussische Landwirtschaft noch immer Nutzen gehabt. Zu Schluß empfiehlt Redner den Antrag Räder unappellirt an die Vaterlandsliebe des ganzen Reiches, die nicht zulassen werde, daß das neue Centrum logisch und konsequent zwei blühende Provinz zu Grunde richtet; auch wenn er

nicht Landwirth wäre, würde er stets einer Vorlage die Zustimmung versagen, die dem armen Manne die Lebensmittel vertheuert. (Widerpruch rechts.) Spielen Sie nicht Vorführung, es ist das ein gewagtes Spiel, das kein gutes Ende nehmen kann! (Beifall links.)

Abg. Günter (Sachsen): Wenn man sich entschließt, Schutzzölle überhaupt einzuführen, dann haben alle Erwerbsarten den gleichen Anspruch darauf und diejenigen, die am meisten nothleidend sind, müssen den höchsten Schutz genießen. Auch Oegener, wie Herr Bamberger, haben den nothleidenden Zustand der Industrie anerkannt, und ich kann nicht augeben, daß die Gesundung eingetreten ist, die dem Herrn Vorredner die Lage so rosig erscheinen läßt. Eine Reise durch Deutschland unter genauer Befichtigung nicht bloß der Schöffen sondern auch der Bauernhöfe würde ihm ein ganz anderes Bild geben. Kein Gewerbe ist von der großartigen Bedeutung wie die Landwirtschaft. Die bebaute Fläche Deutschlands beträgt 23 Millionen Hektaren im Werthe von 5 bis 7 Milliarden Mark, die landwirtschaftliche Bevölkerung beläuft sich auf ca. 20 Millionen Menschen. Angesichts dieser ungeheuren Ziffern erscheint jede andere Erwerbsart verschwindend klein, selbst die Eisenindustrie, die wir so reichlich beobachtet haben. Wenn man auch vom physischen System zurückgekommen ist, so hat man doch bis auf den heutigen Tag an dem Grundsatz festgehalten, daß der Nationalreichtum eines Landes in seinem Grund und Boden liege, und selbst in mancherlei Blättern habe ich gelesen, daß jeder Stillstand der ländlichen Produktion ein Schritt zur Verarmung sei. Jetzt hört man in Zeitungen und Versammlungen häufig das Umgekehrte: Der gegenwärtige Werth der Landgrundstücke sei ungerechtfertigt, man müsse wieder auf den Stand vor 30 bis 40 Jahren zurückkehren. Man will also den Nationalwohlstand verringern (Widerpruch links), alle Verbesserungen dieser letzten Jahre sollen verworfen, alle Fortschritte preisgegeben sein. Es ist nicht leicht möglich, eine mehr reaktionäre Tendenz zu verfolgen, zumal sich als natürliche Konsequenz diese Anschauung ergibt, daß man auch politisch zu jenen überwindenen Zuständen zurückkehren müßte. Ein fundirter Grundbesitz und ein wohlhabender Bauernstand sind die festesten Stützen des Staates und gerade heute haben wir allen Grund, diese Stützen gegenüber jetzigen Tendenzen zu erhalten. Die Landwirtschaft leidet ganz bedeutend unter der Konkurrenz des Auslandes. Ich citire aus einer Eingabe der sächsischen Deputation der Berliner Productenbörse folgende Zahlen: Die Ausfuhr aus Amerika betrug 1868/69 14 Millionen Bushel Weizen, 1877 72 Millionen, 1869 7 Millionen Bushel Mais, 1877 85 Millionen. Der russische Export war in denselben Jahren 2,200,000 und 10 Millionen Tschetwert Roggen, 10 Millionen und 17 Millionen Tschetwert Weizen; davon kommen nach Deutschland 4 Millionen Tschetwert Roggen und 1 Million Weizen. Nach fernerem amtlichen Mittheilungen führte Amerika 1870 7 Millionen Pferde, jetzt 10 Millionen aus, 1870 1½ Millionen, jetzt 19¼ Millionen Schen. Ebenso steigerte sich die Fleischausfuhr nach dem Referate des Herrn Neuleaux von 20 Millionen 1876 auf 57 Millionen 1877. Trotz dieser vernichtenden Konkurrenz will man der Landwirtschaft nicht denselben Schutz gewähren, den man der Industrie bewilligt. Im Vordergrund steht dabei das Argument, daß man dem armen Manne das Brod nicht vertheuern dürfe. Ich muß mich und meinen Antrag ausdrücklich gegen eine solche Tendenz verwarren. Wir denken gar nicht daran und es ist fast selbstverständlich, daß der Zoll nicht eine Erhöhung der Brodpreise nach sich ziehen wird. Die Getreidepreise werden ja auf den Börsen gemacht und sind fast täglichen Schwankungen bis zur Höhe von vielen Thalern unterworfen, wie soll da ein Zoll von 50 Pf. großen Eindruck machen. Auch decken sich Getreide und die Brodpreise keineswegs. Ueber den natürlichen Preis hinaus wird doch selbst keine siegreiche Hauspartei der Börse den Brodpreis zu steigern vermögen. Mit unserer Landwirtschaft steht es so, daß wir sie aufgeben müssen, wenn wir auf sie das Dogma des Manchesterthums anwenden wollen, daß ein Industriezweig nicht existenzberechtigt ist, wenn er nicht billiger zu produzieren vermag als das Ausland. Denn billiger als Ausland und Amerika wird unsere Industrie nie zu produzieren vermögen. Für die Kornzölle erkläre ich

wich schon um des Prinzips willen, weil, wenn die Industrie den Schutz der Zölle anruft, auch die Landwirtschaft ein gleiches Recht hat, da sie durch die unglückliche Handelsverträge furchtbar gelitten hat. Das aber verhehle ich mir heute schon nicht, daß möglicherweise die Landwirtschaft aus den Schutzzöllen nicht so viel Nutzen ziehen können, als es die Industrie vermag. Eine Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Satzes erschien uns um deswillen geboten, weil wir es verhindern wollten, daß irgend eine Eisenbahn-Direktion durch Veränderung der Tarife den ganzen Zolltarif paralytisiren kann. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus bitte ich Sie, sich sowohl für Kornzölle im Allgemeinen, wie im Speziellen für unsern Antrag zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Treischke hält es nicht für möglich, daß sich auf Grund des Tarifes Parteien konstituiren können. Parteien, die keine andere Basis hätten, seien nicht erstrebenswert. Sodann warnt der Redner vor agitatorischen leidenschaftlichen Schlagwörtern und bittet, die Zollfragen gänzlich unbefangenen und vorurtheilsfrei zu prüfen, namentlich aber auch über den Werth der Wissenschaft in wirtschaftlichen Dingen nicht so vornehm hinwegsehend zu urtheilen, wie es der letzte Redner für gut befand. Jetzt ist es das erste Mal, daß sich eine Zollveränderung vollzieht unter Zustimmung der Beibehaltung, denn wenn auch nicht, wie Abg. Berger sagt, Alle riefen, bis der Reichskanzler kam — viele Industrielle haben jedenfalls gerufen. Daran muß man jedenfalls festhalten, daß die Getreidezölle nicht einen festen Finanzzoll bilden können, denn dazu fließen sie zu ungleich, je nach dem guten oder schlechten Ausfall der Ernten im Inlande. Soll denn nun der Getreidezoll als Kampfsoll dienen? Wie werden ja in den nächsten Jahren gewiß einen Zollkrieg durchmachen müssen, und deshalb nehme ich sogar den verurtheilten Paragraphen 5 mit seinen außerordentlichen Vollmachten an, aber ich bestreite es, daß Getreidezölle zu Kampfsoll dienen können. Für die Viehzölle werde ich stimmen, weil ich hoffe, daß es möglich sein wird, mit ihnen dem Aderbau eine wesentliche Hilfe zu leisten gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die Getreidezölle dagegen sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Hr. v. Mirbach und Hr. Günther haben ganz consequent den Zoll erhöht, weil ihnen die Produktionskosten erhöht wurden. Ich sehe in dem Getreidezoll nur ein taktisches Mittel der Regierung, um den Zolltarif im Ganzen durchzusetzen.

Darauf wird die Sitzung vertagt. Vicepräsident Dr. Lucius konstatirt in Gemäßheit des von ihm im Anfang der Sitzung gemachten Vorbehalts in Folge von verschiedenen Seiten an ihn ergangener Anfragen, daß jeder Verwundene, Herr v. Jordanbeck zu einer Zurücknahme seines Anschlusses zu bewegen, fruchtlos sein würde, da die Rücksichten auf seine Gesundheit ihm unbedingt gebieten, bei seiner Erklärung zu verharren. Mit Rücksicht darauf, daß auch der erste Vicepräsident (Freiherr Schenk von Stauffenberg) durch Krankheit verhindert ist, glaube ich mich als stellvertretender Präsident verpflichtet, die Wahl des ersten Präsidenten auf die morgige Tagesordnung zu setzen, damit nicht in der nächsten Zeit eine ernstliche Störung eintrete. (Zustimmung.)

Schluß 3¼ Uhr.
Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.
Tagesordnung: Wahl des ersten Präsidenten, Fortsetzung der Berathung über die Getreidezölle.

Deutschland.

Berlin, 20. Mai. Der Kaiser hat bestimmt, daß sämtliche Oberpräsidenten und die kommandirenden Generale an den Feierlichkeiten seiner goldenen Hochzeit theilnehmen sollen. Außer den von den Provinzen zu entsendenden Deputirten werden auch Deputirte der Residenzen Berlin, Potsdam und Koblenz empfangen werden.

Der Provinzial-Landtag der Provinz Schleswig-Holstein tritt mit allerhöchster Genehmigung am 29. Mai zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher Beschluß gefaßt werden soll über den Antrag des provinzialständischen Ausschusses auf Errichtung einer milden Stiftung aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars.

Die heute erfolgte Niederlegung des Reichstags-Präsidenten seitens des Herrn v. Jordanbeck, von demselben in erster Linie durch den Widerspruch motivirt, in welchen er mit der gegenwärtigen Majorität des Reichstages gekommen, war allerdings eine Konsequenz der bei dem Banquet des Städtetages gehaltenen Rede. Die Stellung der parlamentarischen Präsidenten wird in Deutschland so aufgefaßt, daß dieselben gelten sollen als hervorragende Repräsentanten der politischen Gesinnungen der Majorität. Herr von Jordanbeck repräsentirte die in nationalen Fragen wenigstens zusammenhaltende Majorität der Konserverativen und National-Liberalen. Diese Majorität ist jetzt und war in einer nationalen Frage gesprengt. Inwiefern dürfte Herr v. Jordanbeck sich verpflichtet glauben, eine Stellung niederzulegen, welche ihn zum Repräsentanten einer Majorität mache, die einstweilen nicht mehr besteht. Es fragt sich aber, ob diese in Deutschland herkömmlich gewordene Auffassung der parlamentarischen Präsidentenstellung richtig ist, ob zu dieser Stellung nicht vielmehr neutrale, in einer politischen Parteirichtung nicht hervortretende, sondern aber durch Geschäftsfähigkeit und achtungswerthen Charakter ausgezeichnete Männer vorzugsweise geeignet sind. Ein Präsident, welcher sich nicht zum Repräsentanten der Majorität, sondern des ganzen Hauses zu machen bestrebt ist, muß allerdings die Resignation üben, an politischen Demonstrationen außerhalb des Parlaments sich überhaupt nicht, oder wenigstens nicht in hervorragender Weise zu betheiligen. Nachdem Herr von

Jordanbeck das nicht unterlassen konnte, und zwar bei einer Gelegenheit, die ihn in Gegensatz zur gegenwärtigen Majorität des Reichstages in der großen schwebenden Frage brachte, dürfte er nach der deutschen Auffassung von der Präsidentenstellung allerdings nicht anstehen, seine Entlassung zu geben.

Heute Mittag trat im Reichskanzleramt der vom Bundesrath für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Regelung des Güntertariffes eingesetzte besondere Ausschuss wieder zu einer Sitzung zusammen.

Die Ausschüsse des Bundesraths für Zoll und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen haben jetzt ihren Antrag, betreffend den Gesetzentwurf über die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs, dem Bundesrath eingereicht. Der Antrag geht dahin, der Bundesrath wolle dem Entwurf und der aus der Anlage hervorgehenden Fassung seine Genehmigung erteilen. Aus der Anlage erhellt, daß die Ausschüsse zwar eine Anzahl Abänderungen (in den §§ 3, 4, 6, 7, 9, 10 und 11) an dem Vortragsentwurf des Gesetzes vorgenommen haben, daß dieselben jedoch theils nur redaktioneller Natur sind, theils lediglich administrative Vorschriften betreffen, während die Grundsätze der Vorlage keinerlei Aenderung erfahren haben.

Von einigen Seiten sind Zweifel geäußert worden, ob dem Reichstag noch in dieser Session der Gesetzentwurf über die Errichtung des Reichstagsgebäudes zugehen werde. Dieselben widerlegen sich dadurch, daß die Ausschüsse des Bundesraths heute sich mit der betreffenden Vorlage beschäftigen werden. Man kann daher annehmen, daß in der nächsten Sitzung des Bundesraths die Vorlage auf der Tagesordnung stehen wird.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Baron von Schell-Plessen, ist um seinen Abschied eingekommen mit Rücksicht auf die jetzt beschlossene Verlegung des Oberpräsidiums von Kiel nach Schleswig.

Mit dem Umbau des Dienstgebäudes des Kultusministeriums wird jetzt begonnen werden. Die Bureau's sind, soweit sie sich in dem bisherigen Hauptgebäude befinden, schon vor einigen Wochen in das Gebäude des Staatsministeriums Behrenstraße 72 verlegt, welches an die vor einiger Zeit für das Kultusministerium erworbene Gebäude stößt. Der Minister Falk bezieht in diesen Tagen eine für die Zeit des Umbaus gemietete Wohnung Poststraße 134.

Der Kaiser hat zur Beschaffung von drei Ehrenpreisen für die im nächsten Jahre stattfindende internationale Fischerei-Ausstellung eine namhafte Geldsumme bewilligt. Die nähere Bestimmung über die Preise hat Se. Majestät sich vorbehalten.

Im Interesse einer übereinstimmenden Handhabung der Vorschriften im Schlußsatz des § 10 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen hat der Minister für öffentliche Arbeiten in einem Erlaß an die künftigen Eisenbahn-Direktionen bestimmt, daß ständiger unter vier Jahren, sofern sie keinen anderen Platz beanspruchen, frei zu befördern sind.

In einem weiteren Erlaß an die künftigen Eisenbahndirektionen und Kommissariate bemerkt der Minister für die öffentlichen Arbeiten, daß er mit dem Beschluß der Direktionen, im Allgemeinen eine Herabsetzung der bestehenden Krabengebühren eintreten zu lassen, um so mehr einverstanden sei, als die neben den Frachtkosten zu erhebenden Nebengebühren ihrer Natur und Bestimmung gemäß im allgemeinen Verkehrsinteresse möglichst auf den Durchschnittsbetrag der Selbstkosten beschränkt bleiben müssen. Es sind die Krabengebühren allgemein auf 0,03 M. pro 100 Kg. unter Abrundung auf volle 10 Pfennige mit einem Minimalfuß von 1 M. unter Beibehaltung einer Skala festzusetzen.

Berlin, 20. Mai. Die Besichtigung der Gewerbeausstellung durch Sr. Maj. den Kaiser steht morgen in Aussicht.

Herr von Jordanbeck wurde 1858 zum Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses in den Wahlbezirk Preussisch-Holland-Mogronen gewählt, in welcher letzteren Stadt er als Rechtsanwalt lebte und von wo er bald darauf nach Elbing übersiedelte. Er schloß sich der Fraktion Binde an, trat im Laufe des Jahres 1861 mit anderen gleichgesinnten Mitgliedern, den „Jung-Liberalen“, aus dieser Fraktion aus und schloß sich der Fraktion Beprend an, aus welcher in der 3ten 6. Legislaturperiode vom Frühjahr 1862 die deutsche Fortschrittspartei sich entwickelte. In der ersten Session der 9. Legislaturperiode wurde Herr von Jordanbeck, der bei der Begründung der national-liberalen Partei eifrig mitgewirkt hatte am 6. September 1866 zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, welche Stellung er bis zum Schluß der 11. Legislaturperiode am 20. Mai 1873 bekleidete hat.

Herr von Jordanbeck, der inzwischen zum Oberbürgermeister von Breslau gewählt war, wurde auf Präsentation dieser Stadt in's Reichshaus berufen und konnte in Folge dessen dem Abgeordnetenhaus nicht weiter angehören; zu ihm Nachfolger im Präsidium dieses Hauses wie am 15. November 1873 Herr von Bennig gewählt. Dem Reichstage hat Herr von Jordanbeck seit dem Zusammentritt des konstituierenden Reichstages unterbrochen als Vertreter des Wahlkreises Wolmirstedt-Neuhaldensleben angehört. Nachdem Abg. Dr. Simson, der bis dahin als Präsident fungirt hatte, eine Wiederwahl abgelehnt hatte wurde Herr von Jordanbeck am 9. Februar 1874 zum Präsidenten des Reichstages gewählt.

Provinzielles.

Stettin, 21. Mai. Der Leiter Ludw. Wilh. Büttner aus Gr. Stepe hat bereits viele Vorstrafen wegen Diebstahls hinter sich, trotz-

dem verließ er die Bahn des Verbrechens nicht. Im April d. J. erhielt er von einer Händlerin 5 Stiegen Heringe zum Verkauf übergeben. Er führte diesen Auftrag aus, verwendete den Erlös jedoch in seinem Nutzen. Ferner entwendete er einem Hausbienen ein Paar Beinkleider. Deshalb in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts wegen Unterschlagung und Diebstahls angeklagt, wird Büttner zu 4 Monaten 1 Woche Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt.

Die nächste Verhandlung gegen die Arbeiterfrau Aug. Mische, geb. Hempel, welche am 26. Dezember v. J. der Wittve Joachim einen Korb mit Wäsche gestohlen, endet mit der Verurtheilung der Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis.

Der Bursche Heinr. Gust. Ad. Tesch war am 1. Januar d. J. auf kurze Zeit als Lehrling bei dem Bademeister Meierowitz und hatte als solcher die Badwaaren des Morgens an die Kunden auszutragen und den Betrag dafür einzulassen. Dieser Beschäftigung scheint er am 18. Januar überdrüssig geworden zu sein, denn nachdem er an diesem Tage die Badwaaren abgeliefert und das Geld eingezogen hatte, legte er Korb, Schürze und die Semmelbeutel am Frauenthor nieder und verbrachte das von den Kunden erhaltene Geld, kehrte auch nicht wieder zu seinem Meister zurück. Deshalb trifft ihn eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen.

Wolffs Garten. Der Besitzer Herr Wilhelm Wolff, hat in laulaster und liebenswürdigster Weise dem Komitee der bisherigen Elysium-Theater-Gesellschaft sein ebenso freundliches als auch bei dem Publikum überaus beliebtes Etablissement zur Verfügung gestellt und soll, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, bereits in einigen Tagen mit der Wiederaufnahme der so unliebsam unterbrochenen Vorstellungen begonnen werden. Wir können nicht umhin, Herrn Wolff für dieses höchst ungenüßliche Verfahren unsere größte Hochachtung zu zollen. Das Komitee entfaltet ein reges Leben und sind bereits die Abschlüsse mit Theateragenten ins Werk gesetzt, welche uns die erfreuliche Hoffnung geben, ein mannigfaltiges und novitätenreiches Repertoire erwarten zu dürfen. — Auch vernehmen wir, daß jedwede sich noch herausstellende Lücke im Personalbestande durch Heranziehung neuer tüchtiger Kräfte ausgefüllt werden soll. Somit können wir erwarten, in nächster Zeit ein für die elegante Welt angenehmes und würdiges Sommer-Theater eröffnet zu sehen. — Wir wünschen dem jungen Unternehmen das vortheilhafteste Gedeihen und würden uns freuen, wenn wir in Wäldern Schönes und Nützliches davon berichten könnten. Glück auf!

Bei der Stadtkasse in Greifswald sind durch den Stadthauptkassen-Rendanten Wohlmann seit längerer Zeit bedeutende Unterschlagungen verübt, derselbe hat die Veruntreuungen zu Ende vorigen Monats selbst angezeigt und ist ein größeres Defizit von den städtischen Behörden festgestellt. Der Stadtkassen-Rdg. wird darüber aus Greifswald geschrieben: Durch einen in der öffentlichen Sitzung des bürgerständischen Kollegiums vom 16. d. M. vorgestellten Bericht des Bürgermeisters Helfrich sind die Mittheilungen, welche man sich hier im Publikum seit etwa 14 Tagen machte über Defekte in der Stadtkasse, amtlich bestätigt worden. Danach hat am 30. v. M. der desselben Tages vom Amte suspendirte Stadthauptkassen-Rendant B. sich selbst angezeigt und angegeben, daß er seit dem Jahre 1875 Gelder, deren Gesamtbetrag er auf ungefähr 12,000 M. normirt, unterschlagen habe. Umgehend ist von dem ganzen Vorfalle sowohl der Ober-Behörde, als auch der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht worden. Da die von den Defekten vornehmlich getroffenen Kassen, Kasse des Et Spiritus-Hospitals und die Schuldentilgungskasse, sich in arger Verwirrung befinden, läßt sich amtlicherseits, wie wiederholt konstatiert wird, der Umfang der Defekte noch keineswegs feststellen; es wird dies erst nach vollständiger Aufrechnung möglich sein, doch stimmt der Einblick in die geschädigten Kassen, so wie er bis jetzt möglich war, mit den Angaben des Beamten überein. Daß die Selbstanzeige gerade jetzt erfolgte, hat, wie uns erklärt wird, darin seinen Grund, daß die städtischen Behörden auf die seit mehreren Jahren unterlassene Rechnungslegung in immer energischerer Weise drangen und den Rendanten, damit er vorerst dieser Verpflichtung nachkäme, von der Verwaltung der laufenden Geschäfte entbanden. (Str. 3.)

Mit Eintritt wärmerer Witterung beginnt auch unser Publikum, die beliebten Wassertouren nach Frauendorf-Goplow wieder aufzunehmen. Der Julo hat sich nach dem letzten Regen in nnglaublich kurzer Zeit in frisches saftiges Grün gehüllt. Für Konzerte, Vergnügungen u. ist reichlich gesorgt. Auf dem Julo ist von Herrn Olwig ein neuer Scharfschießstand von 120 Meter Länge mit doppelten Zugschrauben eingerichtet und zur Benutzung bereit gestellt. Die Anlage und Einrichtung des Schießstandes ist als zweckmäßig und praktisch anzuerkennen. Auch sind derartige Vorsichtsmaßregeln getroffen, daß Unglücksfälle überhaupt nicht vorkommen können. An den bevorstehenden Feiertagen werden auf dem Julo Frühkonzerte stattfinden, für welche besonderes Entree nicht erhoben wird. In Sommerlust (Gumtow) wird regelmäßig Donnerstags und außerdem auch an Sonn- und Festtagen die Kapelle des 34. Regiments konzertiren. Am Himmelfahrtstage wird das erste Konzert stattfinden. Der Eintrittspreis für die Sonn- und Feiertage ist auf den geringen Betrag von 10 Pf. herabgesetzt und steht demnach zu erwarten, daß der Besuch dieser Konzerte ein außerordentlich reger werden wird.

Gestern Abend brach in einer Tischlerwerkstatt Apfelleer Nr. 1 Feuer aus, welches erst

nach längerer Thätigkeit der Feuerwehr gelöscht wurde.

Der Kreisrichter Konrad Julius Wargel in Johannisburg ist zum Konsistorial-Assessor ernannt und zum königlichen Konsistorium der Provinz Pommern überwiesen worden.

Beleidigungen gegen Bedienstete bei Privat-Eisenbahnen in ihrer Eigenschaft als Bahnpolizeibeamte können nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 3. April d. J. auf den Antrag des Beleidigten im eigentlichen Bahndienst, nicht aber in ihren politischen Funktionen Vorgefesselt nicht strafgerichtlich verfolgt werden.

Stargard, 20. Mai. Heute inspizierte der seit mehreren Tagen hier anwesende Herr Generalleutnant v. Borries, Kommandeur der 4. Infanteriedivision, das ganze Regiment auf dem großen Exercierplatz. Die Uebung dauerte bis 2 Uhr Nachmittags. Der General begiebt sich von hier aus beabsichtigt Refuganz nach dem für das diesjährige große Manöver in Aussicht genommenen Terrain.

Greifswald, 20. Mai. Der Wortlaut des an den hohen Reichstag gerichteten Eingabe der hiesigen Kaufmanns-Kompagnie ist folgender: In der am 17. Mai abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Kaufmanns-Kompagnie wurde der Antrag: sich zu der auf der letzten delegirten-Konferenz der Seestädte festgestellten und bereits an den hohen Reichstag abgesandten Petition, datirt vom 29. April, obgleich verspätet, zu stimmen, zu erklären, zum Beschluß erhoben. Diefem Beschluß trat auch die hiesige nautische Gesellschaft bei und wurde der Vorstand der Kaufmanns-Kompagnie beauftragt, dem hohen Reichstag hiervon Kenntniß zu geben. Indem wir hierdurch dem ertheilten Auftrag genügen, bitten wir die Versicherung der Hochachtung hochgeneigstens anzunehmen von dem Vorstände der Kaufmanns-Kompagnie zu Greifswald.

Niepars, 17. Mai. In der letzten Versammlung des hiesigen Vienenzuchtvereins, der seit Dezember v. J. besteht und in fortwährendem Wachsen begriffen ist, wurde unter Anderem beschlossen, im Laufe des Sommers das erste Interfest zu feiern, und ist in dieser, sowie schon in der vorletzten Versammlung von sämtlichen anwesenden Mitgliedern ein Tag Ende Juni oder Anfang Juli als Tag der Festlichkeit festgesetzt worden. Der Gastwirth Ahrens in Jakobsdorf hat dem Wunsch des Vereins gemäß seinen großen, schönen Garten als Festort zur Benutzung gestellt. Vorträge und praktische Uebungen in der Vienenzucht, sowie die Ausstellung verschiedener Gegenstände und Verkauf von Honig wurden in Aussicht gestellt, um die ersten Ausflug zu einer möglichst interessanten Zusammenkunft zu gestalten. Dazu soll auch die Nichtenberger Stadtkapelle durch Concert-Vorträge und Arrangement eines Festballes beitragen. Die besondern Vergrößerung der Festfreude wurde beschlossen, den Seminar-Chor aus Franzburg einzuladen und übernahm der Schriftführer das Weitere zu besorgen.

(Eingefandt.)

Der Platz zwischen dem königlichen Strohmagazin und der Mauer des neuen Rathhauses dient bei Tage und Nacht — Trunkenbolden und Bummelern als Ruh- und Schlafstätte. Hier werden die unsaubersten Toiletten gemacht, ferner schmutzige Bedürfnisse befriedigt, wozu sonst die verborgenen Winkel dienen, so daß die Bewohner der anliegenden Straße sich geniren müssen, ans Fenster zu treten. Dies werden die Bewohner bezogen können.

Einer für Alle.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 20. Mai. Fürst Alexander I. von Bulgarien ist heute Nachmittag hier eingetroffen und am Bahnhofe von einer Deputation der hiesigen bulgarischen Kolonie begrüßt worden.

Brüssel, 20. Mai. Deputirtenkammer. Der Präsident theilte den gestern erfolgten Tod des Bürgermeisters Anspach mit und gedachte des Verstorbenen in warmen Worten. Die Kammer wählte eine Deputation, welche den morgen Nachmittag um zwei Uhr stattfindenden Leichenfeierlichkeiten beiwohnen soll.

Versailles, 20. Mai. Die Deputirtenkammer votirte einen Kredit von 500,000 Francs zur Unterstützung der durch einen Cyclon heimgeführten Bewohner der Insel Reunion. Der Unterrichtsminister brachte einen Gesetzentwurf ein, betreffend den Nachweis der Befähigung zur Ertheilung des Unterrichts in Elementarschulen. Der Gesetzentwurf ordnet die Unterdrückung der Audienzbefehle an, durch welche den Mitgliedern von Kongregationen das Recht, Unterricht zu erteilen, gewährt wird. — Gambetta theilte im Namen des Justizministers mit, daß derselbe die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung gegen Paul de Cassagnac nachsuche.

Risinger Bier-Niederlage,

Stettin, Hagenstraße 2.

Mit heutigem Datum beginnt der Vertrieb des Sommerlager-Export-Bieres.

Qualität exquisit
(bestes in Stettin).

Die Herren Restaurateure in der Provinz werden ergeblich eingeladen, zunächst versuchsweise prüfen zu wollen, um sich von der Güte dieses edlen Bieres zu überzeugen.

Originalgebilde von 35 Liter an bis 300 Liter.

Gottfried Kerkau,

General-Agent der Export-Bier-Bräueri Th. Ehemann, Rixingen a/M. (Baden).